



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/276

27. November 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

McCloy in Hamburg anders als in Bremen	S.1
Oesterreichs Nationaldemokraten sind bekehrt	S.3
SED-Offensive auf dem Lande	S.4
Die Einheimischen-Partei	S.6

Zweimal Mc Cloy

-dt. Während man in Washington noch die Resultate der Landtagswahlen von Hessen und Württemberg-Baden studiert und immer erstaunter feststellt, dass in der Bundesrepublik nicht alles so ist, wie es Dr. Adenauer darstellt, hat in Bayern abermals "das Volk" gesprochen. Es wäre ein schwerer Fehler, würde man den Kopf in den Sand stecken, wie es der Bundeskanzler nach dem letzten Sonntag versucht hatte und übersehen wollen, dass die Erfolge der SPD auch in Bayern die gleichen Ursachen haben wie in Hessen und Württemberg-Baden.

Zu der Generalfrage der deutschen Innenpolitik, ob über die deutsche Wiederaufrüstung vom Bundestag oder durch Volksabstimmung zu entscheiden sei, sind nun zwei Äusserungen von amerikanischer Seite in Deutschland gefallen. "Von einflussreicher Seite der amerikanischen Hohen Kommission" sind nach einer Sonntagszeitung in einer Meldung aus Bonn für ein eventuelles "Nein" des Bundestages beachtliche Konsequenzen angekündigt worden. ("Die für den Schutz der Bundesrepublik vorgesehenen amerikanischen Divisionen möglicherweise anderswo-vielleicht in Frankreich, Belgien oder Oesterreich - zu stationieren"); ferner liess man aus der gleichen Quelle verlauten, "die amerikanische Regierung sei ebenso wie der Bundeskanzler der Auffassung, dass nur der Bundestag über einen deutschen Verteidigungsbeitrag entscheiden könne". Der ungenannte Sprecher der Hohen Kommission, der diese bedeutungsvollen Worte von sich gab, hat also dem Bundestag eine Aufgabe zugewiesen und er hat gleich hinzugefügt, wie der Bundestag zu entscheiden habe. Man kann es sich ersparen, diese Art Politik zu

charakterisieren. Sie kann, wie auch die bayrischen Wahlen gezeigt haben, das Urteil des Volkes nicht beeinflussen. Allerdings hat der Sprecher übersehen, dass man Truppen schon in Friedenszeiten nicht nach politischen, sondern nach strategischen Überlegungen stationiert.

Realistischer als dieser anonym gebliebene Sprecher hat sein Chef, der Hohe Kommissar McCloy, sich in Hamburg zur Wiederaufrüstung geäußert. Nach dem amtlichen Text in der amerikanischen "Neuen Zeitung" hat McCloy gesagt: "Die Entscheidung darüber, ob Deutschland einen Beitrag zur Verteidigung leisten will und welcher Art, kann nur vom deutschen Volke getroffen werden". Und an anderer Stelle: "Das deutsche Volk muss und wird zu gegebener Zeit selber entscheiden, ob es sich beteiligen will. Das ist die demokratische Art zu handeln."

Diese Rede wurde am Sonnabend vor Gewerkschaftsvertretern gehalten. Am Sonntag, vor Journalisten in Bremen, hat McCloy seine Hamburger Äußerungen durch die Ergänzung abgeschwächt: "Ein Volksentscheid über die Wiederaufrüstung wird von den amerikanischen Behörden in Deutschland allerdings nicht erwartet." Es ergibt sich nun die Frage, welcher McCloy massgebend ist: der vom Sonnabend, der in einer wohlüberlegten konzipierten Rede gesagt hat, dass das Volk "selber entscheiden" werde (also keineswegs die Vertreter des Volkes) oder der McCloy, der im Kreuzfeuer von neugierigen Journalisten kaum Zeit hatte, seine Formulierungen so zu wählen, wie er sie gedruckt sehen möchte. Normalerweise pflegt man sich an die in Ruhe ausgearbeiteten und von Zwischenfragen ungestörten Formulierungen zu halten, auf die Improvisationen einer Pressekonferenz greift man erst zurück, wenn konzipierte Äußerungen nicht vorliegen.

Es wäre wertvoll, wenn McCloy sich noch einmal präzise und eindeutig zu diesem Thema äusserte. Bis dahin wird man sich an die Hamburger Erklärung, nicht an die Bremer Improvisation halten müssen. Die Erklärung war eindeutig, an keiner Stelle war die Rede von dieser oder jener Auffassung des Bundeskanzlers oder von der Zuständigkeit oder Nichtzuständigkeit des Bundestags, es wurde immer nur vom Volk gesprochen. Die einzige Einschränkung lag in dem Passus "zu gegebener Zeit". Wir glauben, dass nach den Berliner Wahlen am kommenden Sonntag "die Zeit gegeben" ist, denn dann werden rund 2/5 der Bevölkerung des Bundesgebietes indirekt zu dieser Frage Stellung bezogen haben. Dann ist der Zeitpunkt gekommen, dem Volk diese Frage direkt zu stellen. Das Volk muß gefragt werden, ob es in der Aufrüstungsfrage Schumacher oder Adenauer vertraut; da der Bundeskanzler sich auf die formal-juristischen Hindernisse eines Volksentscheides beruft, kann diese Frage nur in der Form von Neuwahlen für den Bundestag gestellt werden. Darum wollen wir noch einen Ausspruch McCloy's aus seiner Hamburger Rede zitieren: "Jetzt ist keine Zeit mehr für Ausflüchte und Unentschlossenheit."

Oesterreichs Nationaldemokraten sind bekehrt

Wien, im November

Ein prominenter Mandatar der österreichischen Volkspartei, Nationalrat Karl Aichhorn, ist aus der Partei ausgestiegen und hat bis auf sein Abgeordnetenmandat alle Funktionen niedergelegt. In linientreuen ÖVP-Kreisen versuchte man die Resignation mit gekränktem Ehrgeiz zu erklären. Nun hat der Dissident selbst dargelegt, es habe ihm an Anerkennung für seine Parteiarbeit nicht gefehlt; er war ja Obmann der Wiener Landesgruppe des einflussreichen Wirtschaftsbundes der ÖVP, Sektionsobmann bei der Handelskammer Wien und Obmannstellvertreter der Wiener Landesparteileitung der ÖVP; sicherlich hätte er auch noch höhere Posten innerhalb der Parteihierarchie erreichen können, wenn er, ein gutsituierter Kaufmann, darauf Wert gelegt hätte.

Aber der Fall greift tiefer. Er rüttelt am Gefüge der ÖVP. Die Macht der grössten österreichischen Partei konzentriert sich auf drei Bünde: den Bauernbund, den Wirtschaftsbund und den Arbeiter- und Angestelltenbund. Der letztere spielt nur eine untergeordnete politische Rolle. Bauern und Wirtschaftler vertreten Standesinteressen; sie sind, wie Aichhorn erkannte (und viele andere vor ihm) rein materiell orientiert. Das Wohl des Ganzen liegt ihnen weniger am Herzen als die Sicherung der eigenen Position. Leider geht es nicht nur um die Sicherung, sondern auch um die - Rückversicherung. Gerade in der Industrie und in der Kaufmannschaft ist die Zahl der Rückversicherer sehr hoch, die Gefahr der Infiltration östlichen Gedankengutes gross. Mit Materialisten lässt sich jedoch schlecht über ideelle Güter (Vaterland, Heimat, Staat, soziale Ziele) verhandeln. Aichhorn hat, wie er erklärte, versucht, über die Cliques hinaus über die Notwendigkeiten des Staates zu reden. Er fand taube Ohren. Und geht jetzt seiner Wege.

Ein anderer Fall, zu gleicher Zeit die Öffentlichkeit beschäftigend, ist der des Parteigründers Ing. Josef Hager. Dieser war als Kandidat des "Verbandes der Unabhängigen" ins Parlament gewählt worden und trat aus seinem Club aus, einerseits, weil sein Liebling mit den östlichen Ideen und Persönlichkeiten nicht gern gesehen wurde, andererseits, weil er für Oesterreich eine andere innen- und aussenpolitische Linie konzipiert hatte. Er verlangte, die Aussenpolitik müsste jede Bindung an irgendeinen Staatenblock vermeiden und meinte

damit die Westorientierung. Nun erklärt Heger, die Erfahrungen, die man aus Korea, Indochina und Tibet machen konnte, müssten jeden denkenden Menschen zu der Erkenntnis führen, dass der Weg der von ihm gegründeten "Nationaldemokratischen Partei" ungangbar sei. Seinen Irrtum, so bekennt er in einer Erklärung, "habe er im Rahmen eines ehrlichen Willens begangen"; deshalb ziehe er die Folgerungen und löse seine Partei auf.

Einerzeit erfreuten sich die Nationaldemokraten einer gewissen Sympathie auf der kommunistischen Seite. Anscheinend sollten sie die Rolle der Partei gleichen Namens in der deutschen Ostzone übernehmen. Aber inzwischen mieteten die Russen in Wien ein besseres Pferd. Es ist dies der frühere SS-Offizier Dr. Slawik, der in seiner "Nationalen Liga" alle gewesenen Nazis, insbesondere die wirtschaftlich ruinierten, wegen Formaldelikten ausgestossenen "Belasteten" vereinen will. Seit Monaten reist er im Lande, auch im Westen Österreichs, umher und verkündet, dass es keinen Sinn habe, auf den Westen zu bauen, weil der Osten übermächtig sei und früher oder später alles überrennen werde. Und da sei es am besten, man stelle sich a priori mit den Russen auf guten Fuss und erhalte auf diese Weise den Volksbestand. Dr. Slawik, dem natürlich vorgeworfen wird, er habe ausgerechnet bei der SS den schlechteren Teil der Tapferkeit gelernt, ist trotz der Naivität seiner Argumente nicht zu unterschätzen. Es sei ihm schon gelungen, hört man, ehemalige Nazis an guten Posten der russischen Betriebe in Ostösterreich unterzubringen. Was das für einen jahrelang rechtlosen Menschen bedeutet, kann man ermessen.

Es ist interessant, dass der ehemalige Führer der "Nationaldemokraten" in seinem Schwanengesang auf die Gefahr der "Nationalen Liga" ausdrücklich hinweist und sagt, es werde seine und seiner Mitarbeiter besondere Aufgabe sein, jene Kreise aufzuklären, die Slawik auf dem Leim gegangen sind und, durch unmenschliche Gesetze dazu getrieben, noch immer gehen.

- - - - -

SED-Generalangriff auf dem Land

(sp.) Seit zwei Monaten ist eine neue Enteignungswelle bäuerlicher Altwirtschaften in der Ostzone im Gange. Täglich finden vor besonderen Schnellgerichten Aburteilungen von Altbauern statt, die angeblich ihre Ablieferungspflichten nicht prompt erfüllten und ihre Wirtschaften nicht sachgemäss führten. Neben ausschliesslich hohen

Zuchthausstrafen werden die meist noch gut fundierten Bauernwirtschaften zwangsenteignet und den "Volksgütern" angegliedert. Ein grosser Teil dieser Bauern in der Ostzone ist bei noch so gutem Willen und bei noch so grossen Anstrengungen nicht in der Lage, die gegenüber dem Vorjahr um 20-25% erhöhten Ablieferungsnormen zu erfüllen. Hinzu kommt eine gegenüber 1949 weit stärkere steuerliche Belastung, die die grösste Zahl der Bauern zwingt, ohne Hilfskräfte zu wirtschaften. Das aber beeinträchtigt wieder die Ergiebigkeit, sodass die Altbauernwirtschaften ohne Verschulden in einen immer gefährlicheren Engpass geraten.

Allein im Monat Oktober wurden im Bereich der Ostzone rund 200 Bauern "wegen Untergrabung der Volksernährung" vor Gericht gestellt und mit schärfsten Strafen belegt. So erhielt ein mecklenburgischer Bauer aus dem Dorfe Mecklenburg bei Wismar wegen unpünktlicher Ablieferung von nur 11 dz Weizen, 28 dz Hafer, 41 dz Roggen und einer nicht sehr erheblichen Milch- und Fleischmenge ein Jahr Zuchthaus bei gleichzeitigen vollständigen Vermögenszug. Wegen des gleichen "Vergehens" wurden ein Bauer aus Kösterbeck im Kreise Rostock zu zwei Jahren Zuchthaus und Einziehung des gesamten Vermögens verurteilt, ein weiterer Bauer aus Kühlungsborn im gleichen Landkreis zu 2½ Jahren Zuchthaus und restloser Vermögensseinziehung und ein Altbauer aus Hasterf im Kreise Rostock zu einem Jahr Zuchthaus, Vermögensseinziehung und lebenslänglichem Berufsverbot.

Vor dem Schöffengericht in Wismar mussten sich aus dem gleichen Grund jüngst Dutzende Bauern "verantworten", deren Strafe durchweg auf drei Jahre Gefängnis, Vermögensseinziehung und zehnjähriges Berufsverbot lautete.

Diese Beispiele liessen sich beliebig vermehren. Täglich nimmt die Zahl der Bauern zu, die von ostzonalen Sondergerichten, deren Sitzungen meist in den "Kulturräumen" der Staatsgüter und "Maschinen-Ausleihstationen" stattfinden, zu unglaublich hohen Strafen verurteilt werden. Hunderte und aber Hunderte von soliden alten Bauernwirtschaften werden jetzt und in Zukunft rücksichtslos enteignet und die Familien über Nacht von Haus und Hof verjagt. Damit ist ein weiterer Weg zur kommenden Kalchosierung in der Ostzone beschritten.

Auf der gleichen Linie liegt die jetzt vorliegende Auflösung der

landwirtschaftlichen Genossenschaften, die mit der kommunistischen "Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe" verschmolzen wurden. Bisher haben sich die landwirtschaftlichen Genossenschaften und ihre qualifizierten Mitarbeiter bemüht, die Substanz und die Eigenarten der deutschen Landwirtschaft im Bereich der Ostzone zu erhalten. Auf ihre Arbeit ist es nicht zuletzt zurückzuführen, dass die Ertragskraft der ostzonalen Landwirtschaft trotz der vielfältigen anorganischen Massnahmen der "Regierung" nicht noch schlechter wurde als sie es heute ist.

Als elementare Aufgabe der neuen einzigen Organisation in der Ostzonen-Landwirtschaft wird bezeichnenderweise die "weitere fortschrittliche Festigung der Demokratie im Dorfe" betrachtet. Das heisst in der kommunistischen Terminologie nichts anderes als eine verstärkte Kollektivierung der dörflichen Struktur - also weiterer Ausbau der Maschinen-Ausleih-Stationen, Forcierung der "Dorfwirtschaftspläne nach sowjetischem Vorbild, Ausweitung der "volkseigener" Güter zu späteren Grosskolchosen und die ausschliessliche Anbauleitung -und planung durch staatliche Organe.

- 6

- - - - - Die Einheimischen

(sp). Es ist ein etwas eigenartiges Triumvirat, das den Auftakt zur Gründung der "Schleswig-Holsteinischen Gemeinschaft" gab, die sich vor einer Woche in Rendsburg konstituierte. Dr. Schenck, der ehemals sozialdemokratische Finanzminister Schleswig-Holsteins, der Herr Hamkens aus Tetenbüll und der Herr Hartmann aus Kiel, zu denen sich bei der Gründung dann noch Herr Tönnsen aus Schaalby als Vorstandmitglied gesellte. Schenck vertritt in diesem Kreise die Tradition schleswig-holsteinischer Geschichte, während Hamkens aus dem Kreise der Eiderstedter Bauern und Hartmann aus dem Kreise des städtischen Grundbesitzes stammt. Die Eiderstedter Bauern spielten in der Zeit vor 1933 eine Rolle, als besonders unwillige und aufsässige Steuerzahler, die den Finanzämtern und den Gerichtsvollziehern das Leben schwer machten; man wird sich wohl noch hier und da daran erinnern. Der Name Hartmann gewann in der Kieler Kommunalpolitik nach 1945 eine gewisse Bedeutung; Hartmann vertrat eine Politik unter dem Motte "alles für Kiel", wie er heute sich zu dem Ziel hinwendet "alles für den einheimischen Schleswig-Holsteiner"; er ist

Mitglied der Stadtvertretung in der Fraktion der "Nationalen Rechten" und Landesvorsitzender des Haus- und Grundbesitzervereins.

Eindeutig wohnt der neuen Partei, die "noch" keine Partei, sondern eine Gemeinschaftsorganisation sein will, wohl das Ziel der Rettung des Besitzes inne, den man durch die Flüchtlinge so stark bedroht glaubt, dass (nach Hankens) die Flüchtlingsmehrheit in der Lage sei, die eingeborenen Schleswig-Holsteiner aus dem Lande zu treiben. Die "Einheimischen" wehren sich gegen die Behauptung, dass Schleswig-Holstein nicht lebensfähig sei und treten dafür ein, ihr Land als selbständigen Teil der Bundesrepublik zu erhalten. Sie haben mit ihrer Meinung insofern nicht unrecht, als Schleswig-Holstein durchaus lebensfähig sein könnte, wenn es völlig frei von Nachkriegs- und Flüchtlingslasten wäre.

Durch viel schöne Worte, die Dr. Schenck sprach, wurde die geschichtliche Vergangenheit heraufbeschworen, der Geist Uwe Jens Larnsens zitiert und die Tradition von 1848 als Basis für die künftigen Aufgaben bezeichnet. Die Quintessenz aber ist doch wohl nur die Furcht vor einer kalten Sozialisierung, die man offenbar der Flüchtlingspartei zutraut. Ob diese Furcht nicht unbegründet ist, seit der BHE den Anschluss an den bürgerlichen Wahlblock vollzog? Denn diese Bindung, so scheint uns, ist ein weit stärkeres Gegengewicht gegen die wirklichen Interessen der Flüchtlinge als ein Verband, der noch nicht recht weiss, ob er ein Klub oder eine Partei ist.

R.G.

Aus nationalen Zeitungen:

Auch Verdi ein Fortschrittler.

"Spiel der ungezügelter Leidenschaften und leidenschaftlich-gezügelter Musik - das ist Verdis "Rigoletto". Was der Meister "romantische Oper" nennt, zeigt einen so sozialkritischen Kern, dass allein eine schlechte Inszenierung daraus billigen Naturalismus verfälschen könnte. Leider kam in diesen gelungenen Opernabend ein Misstun durch unverantwortliche Elemente, die Störungsversuche gegen Miltschinoff beabsichtigten. Der widerwärtige chauvinistische Charakter der Pöbeleien zeigt sich auch in feigen anonymen Schreiben an den "Grossen Balkan-Sänger Miltschinoff und seinen grossen Gönner Hellberg". Wenn gleichzeitig von einer reaktionären Clique organisierte Rowdys eingesetzt werden, die das Antlitz Miltschinoffs mit typischem Nazi-Jargon beschmieren, so komme man uns nicht mit der Ausrede, es hätte sich um einen spontanen Protest "Kunstsachverständiger" gegen Miltschinoffs Gesang gehandelt. Gegen derartige Machenschaften kann nicht scharf genug vorgegangen werden. Wir lassen unsere fortschrittliche Kulturpolitik nicht durch Neofaschisten und ihren unreifen Anhang stören." "Sächsische Zeitung" (SED Land Sachsen)

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt